

3.3 Kein Widerspruch: Freiheit und Sicherheit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 **Polizei bürgernah machen sowie personell und materiell gut ausstatten**

2 Bündnis 90/Die Grünen verstehen sich als die Partei der Grund- und Bürgerrechte. Vorschläge zur
3 Verbesserung der inneren Sicherheit prüfen wir nach drei Kriterien sorgfältig: Rechtsstaatlichkeit,
4 Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit. Die Sicherheit im Land wird dagegen nicht gestärkt, indem man
5 Bürgerrechte massiv beschneidet. Maßnahmen, die die Grundrechte unverhältnismäßig einschränken,
6 lehnen wir ab. Instrumentarien, die das Bundesverfassungsgericht dem Bundeskriminalamt ausnahmsweise
7 zur Terrorabwehr zugestanden hat, dürfen nicht Alltag im Polizeiwesen werden. Laut Polizeilicher
8 Kriminalstatistik 2017 geht die Kriminalität in Brandenburg auch weiterhin zurück. Dies unterstreicht, dass
9 keine grundsätzlich neuen Befugnisse für die Polizei vonnöten sind. Brandenburg kann beides:
10 Bürgerrechte bewahren und gleichzeitig sicher sein!

11 Wir wollen eine bürgernahe, personell und materiell gut ausgestattete Polizei. Brandenburg braucht mehr
12 Polizistinnen und Polizisten in der Fläche, die ansprechbar, gut geschult und auf Augenhöhe mit den
13 Sorgen der Bürger*innen sind. Wir wollen eine weltoffene und moderne Polizei und sie in die Lage
14 versetzen, die zunehmenden Hass-Delikte im Internet und die Wirtschaftskriminalität wirksam zu
15 verfolgen. Auch in ländlichen Räumen muss wieder mehr Präsenz möglich sein, um Vieh- und
16 Maschinendiebstähle effektiv verhindern bzw. aufklären zu können. Wir wollen die Alltags-Ausrüstung der
17 Polizei verbessern und modernisieren. Außerdem werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für
18 Polizeibeamt*innen stärken. Um die Motivation zu erhöhen und den Krankenstand zu senken, wollen wir
19 das Gesundheitsmanagement ausweiten. Beamt*innen, die länger als bis zum Pensionierungsalter arbeiten
20 wollen, sollen dies tun können. Dafür wollen wir den Pensionseintritt flexibler gestalten. Das inzwischen
21 undurchschaubar gewordene Zulagensystem wollen wir entrümpeln und fair für alle gestalten.

22 Zu einer bürgernahen Polizei gehört auch ein transparenter Umgang mit Kritik. Wir streben die Schaffung
23 einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle an, die gleichermaßen Anlaufstelle für Bürger*innen als auch
24 für Polizeibeamt*innen sein soll. Damit schaffen wir eine Art Kontaktzentrum für die Zivilgesellschaft mit
25 der Aufgabe, reale oder vermeintliche Übergriffe aus dem Polizeiapparat überprüfen zu lassen. Zur
26 Wahrung der Unabhängigkeit soll die Beschwerdestelle beim Landtag angesiedelt sein. So schaffen wir
27 mehr Vertrauen in eine bürgernahe Polizei.

28

29 **Maß halten: Überwachung und Militarisierung zurückweisen**

30 Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und Online-Durchsuchung stellen tiefgreifende Eingriffe
31 in das Privatleben dar, da ein Schadprogramm auf dem Gerät installiert werden muss, das prinzipiell
32 privateste Informationen mitschneiden kann. Noch problematischer sind diese Maßnahmen aber, weil sie
33 erfordern, dass der Staat aktiv Sicherheitslücken, die alle Geräte betreffen, geheim hält, um sie gegen
34 einzelne Verdächtige einzusetzen. Damit wird die innere Sicherheit nicht gestärkt, sondern massiv
35 geschwächt. Von IT-Sicherheit hängt nicht nur die Privatsphäre aller Bürger*Innen ab, sondern auch das

36 Funktionieren unserer Behörden, Infrastruktur und der gesamten Wirtschaft. Bereits erfolgte verheerende
37 Angriffe z.B. auf Britische Krankenhäuser auf Basis von Sicherheitslücken, die Geheimdiensten bereits
38 jahrelang bekannt waren, zeigen, welch immenser Schaden dadurch angerichtet werden kann. Wir wollen
39 Vertraulichkeit und Integrität von IT-Systemen gewährleisten. Das bedeutet für uns,
40 Sicherheitslücken zu beseitigen statt auszunutzen.

41 Die Elektronische Fußfessel stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte des Betroffenen dar
42 und wird daher bisher nur gegen schwere, gerichtlich verurteilte Straftäter*innen eingesetzt. Einen
43 vorbeugenden Einsatz lehnen wir als grundgesetzwidrig und unverhältnismäßig ab, zumal sie
44 erwiesenermaßen niemanden an einem Terroranschlag oder einer Straftat hindern kann. Auch eine
45 flächendeckende Schleierfahndung lehnen wir ab. Sie bindet im Verhältnis zum Ertrag viel zu viele
46 Ressourcen, die an anderen Stellen dringender benötigt werden. Die Sammlung und Auswertung von
47 Massendaten beispielsweise aus dem Bereich der Telekommunikation halten wir für einen
48 unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte aller Bürger*innen. Außerdem ist sie weitgehend
49 ungeeignet, um terrorbereite Personen zu ermitteln. Sowohl der Berliner Weihnachtsmarktattentäter Anis
50 Amri als auch die NSU-Rechtsterrorist*innen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe waren
51 bereits vor ihren Attentaten den
52 Sicherheitsbehörden aufgefallen. Es waren also keine solchen Massendaten erforderlich, um diese
53 Terrorist*innen als solche zu erkennen.

54 Videoüberwachung kann potenzielle Straftäter*innen und Terrorist*innen nicht abschrecken. Sie kann an
55 neuralgischen Orten mit erhöhtem Gefahrenpotential Menschen ein Gefühl von Sicherheit vermitteln und
56 helfen, Straftaten besser aufzuklären. Um dem präventiven Ansatz der Videoüberwachung gerecht zu
57 werden, wird genügend Personal benötigt, damit bei einem erkannten Ereignis unmittelbar reagiert
58 werden kann. Eine flächendeckende Überwachung des öffentlichen Raums ist mit unseren Grund- und
59 Freiheitsrechten nicht vereinbar. Auch eine technische Aufrüstung der Videoüberwachungssysteme in
60 Richtung einer automatisierten Verhaltensbewertung oder Identifikation von Personen lehnen wir ab.

61
62 Eine Militarisierung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten weisen wir als völlig
63 unverhältnismäßig zurück. Dafür gibt es andere Spezialeinheiten. Die Aufgaben von Polizeihunden
64 beschränken wir auf Such- und Spürtätigkeiten. Tiere sind keine Waffen und dürfen nicht als solche
65 eingesetzt werden.

66 Wir wollen gesetzliche Regelungen, die auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren,
67 grundsätzlich zeitlich befristen, um ihre tatsächliche Wirksamkeit sowie ihre anhaltende Notwendigkeit
68 überprüfen zu können. Als wichtigsten Baustein der Terrorabwehr sehen wir die Prävention gegen
69 Radikalisierung an. Die Prävention wollen wir beispielsweise in Schulen, in den Gemeinden, in der
70 Sozialarbeit und in Gefängnissen stärker fördern. Daneben müssen angesichts neuer Herausforderungen
71 durch internationalen Terrorismus hohe Aus- und Fortbildungsstandards für die Kriminalpolizei,
72 insbesondere für Spezialist*innen im Staatsschutzbereich, geschaffen werden, die bundesweit gelten. Wir
73 wollen für eine ausreichende Personaldecke sorgen.

74 **Hass, Hetze und Mobbing im Netz bekämpfen**

75 Wir erleben gerade in den sozialen Medien eine Verrohung der Sprache, eine sich ausbreitende
76 Respektlosigkeit gegen Andersdenkende und offen vorgetragene Hassparolen gegen Nichtdeutsche,
77 Glaubensgemeinschaften, Minderheiten, einzelne Bevölkerungsgruppen oder schlicht Andersdenkende.
78 Hass, Hetze und Mobbing stellen eine Bedrohung für unsere offene Gesellschaft dar, da sie Menschen
79 gezielt von der gleichberechtigten Teilnahme an einer Debatte abhalten. Wir fordern, dass
80 Einschüchterungen und Straftaten dieser Art mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Der
81 Ausweitung der privaten Rechtsdurchsetzung widersprechen wir, stattdessen fordern wir einen Ausbau der
82 Kapazitäten und gezielte Schulungen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in diesem Bereich. Wir wollen
83 auch Opferschutzverbände, Beratungsstellen und psychotherapeutischen Einrichtungen entsprechend
84 unterstützen. Zudem braucht es einfachere Wege, solche Inhalte zu melden und anzuzeigen. Die

85 massenhafte Nichtbearbeitung
86 von Anzeigen in diesem Bereich aufgrund von Überlastung der Sicherheitsbehörden darf nicht mehr
87 vorkommen.

88 **Die Justiz arbeitsfähig machen**

89 Ein funktionierender Rechtsstaat ist zu allererst ein Schutz für die schwächsten Mitglieder einer
90 Gesellschaft, die nicht die Macht haben, auf anderen Wegen zu ihrem Recht zu kommen. Damit erfüllt er
91 eine unverzichtbare Funktion für den Sozialen Frieden und Gerechtigkeit im Land und ist eine wichtige
92 Säule jedes demokratischen Staates. Wir sind stolz auf den guten Rechtsstaat, der in 25 Jahren in
93 Brandenburg aufgebaut wurde und wollen alles daran setzen, ihn weiter zu verbessern und Missstände zu
94 beheben.

95
96 Die Verfahrensdauer in Brandenburg zählt zu den längsten bundesweit, was das Vertrauen in den
97 Rechtsstaat schwer beschädigt. Dies führt auch regelmäßig zu sogenannten „Strafabatten“ für Verurteilte.
98 Ursache ist eine andauernde Personalnot und der hohe Krankenstand im gesamten Justizwesen, aufgrund
99 von Arbeitsbelastung und Personalengpässen. Durch die Überalterung und die damit verbundene hohe
100 Anzahl an Bediensteten, die in den kommenden Jahren in Pension gehen, wird sich das Problem sogar noch
101 weiter verschärfen. Wir wollen den Rechtsstaat reaktionsschnell machen und eine angemessene
102 Verfahrensdauer erreichen. Kleine Amtsgerichte und Außenstellen möchten wir erhalten und alle
103 Formulare via Internet erreichbar machen. Diese wollen wir in puncto Verständlichkeit deutlich verbessern.
104 Für die Umsetzung aller Maßnahmen bedarf es entsprechend ausgebildeten Personals in ausreichender
105 Zahl. Die von der Landesregierung angekündigten Verbesserungen sind nicht ausreichend.

106 Statt Gefängnis-Karrieren zu befördern oder Menschen einfach wegzusperren setzen wir im Justizvollzug
107 auf die Chance auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Das grundsätzlich gut aufgestellte
108 Strafvollzugsgesetz des Landes mit seinem Fokus auf Resozialisierung wollen wir dahingehend auch
109 konsequenter umsetzen. Eine gelungene Resozialisierung ist der beste Schutz für die Bevölkerung. Die
110 Diskussion über Gewalt wird vor allem nach besonders drastischen Fällen immer wieder auf das Strafrecht
111 verengt. Doch anstatt medienwirksam nach drakonischen Strafen zu rufen, brauchen wir dringend eine
112 Politik der umfassenden Vorbeugung von Gewalt, insbesondere bei Jugendlichen. Im Jugendvollzug steht
113 für uns der Erziehungsgedanke im Vordergrund.

114
115 Wir wollen außerdem Möglichkeiten der außergerichtlichen Einigung schaffen und Gerichte entlasten z.B.
116 durch Umstrukturierungen - wie Amtsanwält*innen und Rechtspfleger*innen in Rheinland-Pfalz - sowie der
117 Zurückdrängung von Ersatzfreiheitsstrafen.

118 **Die Feuerwehren fit für die Zukunft machen: Handeln, bevor es brennt**

119
120
121 Die verheerenden Waldbrände letzten Sommer haben allen vor Augen geführt, wie wichtig ein
122 funktionierender Brand- und Katastrophenschutz für Brandenburg ist. In Anbetracht des Klimawandels und
123 der hohen Munitionsbelastung weiter Landesflächen durch ehemalige Militärgelände bleibt die
124 Waldbrandgefahr hoch. Gleichzeitig sinken die Mitgliederzahlen bei den freiwilligen Wehren und den
125 Hilfsorganisationen kontinuierlich aufgrund der demografischen Entwicklung, vielen Berufspendler*innen
126 und eines geänderten Freizeitverhaltens. Damit ist die Tageseinsatzbereitschaft vielerorts gefährdet.
127 Zudem hat die Häufigkeit und Komplexität der Einsatzlagen in den vergangenen Jahren zugenommen.

128
129 Die gestiegenen Anforderungen schlagen sich auch in einem gestiegenen Bedarf an Aus- und
130 Weiterbildung nieder. Wir fordern eine Ausweitung der Ausbildungs- und Schulungskapazitäten an der
131 Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE). Diese soll zudem neben Eisenhüttenstadt einen
132 zweiten Standort erhalten, um den Anforderungen eines großen Flächenlandes gerecht zu werden.

133
134 Das bewährte System unserer Stützpunktfeuerwehren wollen wir erhalten und fortentwickeln. Für die

135 Beschaffung von modernen Einsatzmitteln und Modernisierung von Feuerwachen halten wir auch
136 weiterhin Landesmittel für angebracht und unverzichtbar. Mittelfristig wird aber zur Aufrechterhaltung der
137 Einsatzbereitschaft die Unterfütterung von stark belasteten freiwilligen Wehren mit hauptamtlichen
138 Kräften unvermeidbar sein. Hier wollen wir, dass Land und Kommunen gemeinsam ein tragfähiges
139 Finanzierungskonzept entwickeln. Das Berufsbild „Kommunalbedienstete mit Feuerwehraufgaben“ sollte
140 rasch eingeführt werden.

141
142 Ein wertschätzender Umgang mit dem Ehrenamt ist unabdingbar. Wir unterstützen ein Prämiensystem,
143 welches langjährig tätige Freiwillige im Brand- und Katastrophenschutz mit Einmalzahlungen in
144 Zehnjahresstufen eine monetäre Anerkennung zuteil werden lässt. Nicht hinnehmbar sind Unterschiede in
145 der Hinterbliebenenversorgung. Ein Unfall im Ehrenamt darf nicht zu einem finanziellen Desaster führen.
146 Hier wollen wir weiterhin für einen Ausgleich über den Landeshaushalt sorgen, bis
147 Sozialversicherungssysteme angepasst sind.

148
149 Wir wollen Feuerwehrkräfte von Aufgaben entlasten, die auch von anderer Stelle qualifiziert durchgeführt
150 werden können, solange keine Gefahr für Leib und Leben droht: Beseitigung von Ölsuren auf Straßen,
151 Tragehilfe im Rettungsdienst sowie Notöffnung von Türen. Dem Waldumbau weg von Kiefermonokulturen
152 kommt bei der Prävention von Waldbränden große Bedeutung zu. Bei der Waldbrandbekämpfung aus der
153 Luft bei Großschadenslagen setzen wir uns für vertiefte Kooperationen mit dem Bund und anderen
154 Ländern ein.

155 **Mehr Freiheit wagen**

156 Freiheit ist kein Tool im politischen Baukasten, sondern ein Grundwert, der auf Recht und Verantwortung
157 beruht. Überall kämpfen Menschen um ihre Freiheit. Sie wird von verschiedensten Seiten immer wieder
158 bedroht und muss gesellschaftlich immer wieder neu ausgehandelt werden. Aktuell gibt es neue autoritäre
159 Bestrebungen, die auf eine einheitliche "Volksgemeinschaft" hinarbeiten und damit auf die Rückabwicklung
160 vieler erkämpfter Freiheiten des Einzelnen Menschen. Aber auch Umweltverschmutzung, wirtschaftliche
161 Zwänge, unkontrollierte Machtkonzentrationen beeinflussen maßgeblich, welche Freiheiten wir tatsächlich
162 ausleben können.

163 Wir wollen grundsätzlich die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund stellen. Wo
164 durch die Summe des Verhaltens einzelner ein gesamtgesellschaftlicher Schaden entsteht, können
165 gesetzliche Regelungen und Verbote nach ausführlicher gesellschaftlicher Debatte nötig und sinnvoll sein.
166 Alles, was anderen nicht schadet, geht hingegen den Staat nichts an und sollte nur der persönlichen
167 Lebensgestaltung überlassen werden.

168 Daher wollen wir unnütze Verbote abschaffen. Dazu gehört beispielsweise das Tanzverbot am Karfreitag:
169 solange die Feiertagsruhe von anderen nicht beeinträchtigt wird, soll jede*r, der tanzen will, dies auch tun!
170 Cannabis-Konsum und Schwarzfahren wollen wir entkriminalisieren. Damit entlasten wir auch Polizei und
171 Justiz, die sich dann stärker den wirklichen Verbrechen und Gefahren widmen können.